



Adresse / Indirizzo

Redatto da:
Nome Cognome
Tel. 047
nome.cognome@provincia.bz.it

**Betreff: Auftrag für die Lieferung und Montage von Nr.5 städtischen Warteunterständen
Auslegerstruktur für die Bushaltestellen - CIG Z4F2E3CE02**

Prämissen

- Gemäß Entscheid zur Direktvergabe vom _____ wird die Leistung gemäß Art. 26, Abs. 4, L.G. Nr. 16/2015 direkt an Ihr Unternehmen/Ihre Gesellschaft _____, vergeben.
- Das Vergabeverfahren erhält den Identifikationscode CIG **Z4F2E3CE02**
- Am _____ wurde auf dem Portal des Informationssystems Öffentliche Verträge die Versendung des „Angebots über Portal“ angefordert und dieses wurde fristgerecht hochgeladen.

Dies vorausgeschickt

beauftragt

Die Abteilung Mobilität des Landes Südtirol, mit Sitz in Silvius-Magnago-Platz 3, Landhaus 3b, 39100 Bozen, in der Person von _____, Steuernr. _____, mit Domizil im Sitz obiger Körperschaft, gemäß _____ ermächtigt, diese rechtlich und formal für vorliegenden Akt zu binden (nachfolgend „auftraggebende Körperschaft“ oder „Vergabestelle“ genannt),

das Unternehmen _____ mit Sitz in _____, MwSt.-Nr. (Steuernr.) _____, in der Person von _____, geboren in _____ am _____, Steuernr. _____, in der Eigenschaft als _____ (nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „Unternehmen“ genannt) mit der Leistung im Betreff.

Der Auftrag, der durch die folgenden Artikel geregelt ist, wird vom Wirtschaftsteilnehmer durch Unterzeichnung vorliegenden Akts angenommen.

1. Gegenstand des Auftrags

Betreff des Auftrags ist die Leistung gemäß den unten angeführten Dokumenten und gemäß **im Portal hochgeladenem Angebot** vom _____, die dem vorliegenden Auftragsschreiben beigelegt sind, die deren integrierenden und verbindlichen Bestandteil bilden.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistung vollständig und nach allen Regeln der Kunst zu den dort vorgesehenen Bedingungen durchzuführen.

2. Geltende Regelungsvorschriften

Der Auftrag wird von der auftraggebenden Körperschaft erteilt und vom Auftragnehmer in vollständiger, absoluter Einhaltung der Vorschriften, Bedingungen, Vereinbarungen, Verpflichtungen, Aufwendungen und



Modalitäten gemäß gegenständlichem Auftragsschreiben und beiliegenden, unten angeführten Dokumenten, die als integrierender Bestandteil den Parteien bekannt sind und die sie vollständig akzeptieren, angenommen.

Für alles, was nicht durch dieses Auftragsschreiben und die beiliegenden Dokumente geregelt ist oder worauf nicht verwiesen wird, wird ausdrücklich auf die Bestimmungen gemäß Zivilgesetzbuch, GvD Nr. 50/2016, LG Nr. 16/2015, LG Nr. 16/2015, LG Nr. 17/1993 sowie auf alle einschlägigen Gesetze und Vorschriften verwiesen.

3. Dauer - Fristen für die Erledigung der Leistung - Strafen

Vorliegender Vertrag wird mit Anbringung der letzten digitalen Unterschrift auf das vorliegende Auftragsschreiben wirksam.

Die vertragsgegenständliche Lieferung und Montage müssen innerhalb 90 Tage ab der telematischen Unterzeichnung erfolgen.

Die Geldstrafe wegen verspäteter Erledigung der Leistung wird auf 0,5 Promille des vertraglichen Betrags pro Verzugstag festgesetzt.

Die Überschreitung der obigen Fristen (Punkt 3) durch den Auftragnehmer kann Rechtstitel für die Vertragsaufhebung und für den entsprechenden Schadenersatzanspruch sein.

4. Erledigung der Leistung - Überprüfung der ordnungsgemäßen Ausführung

Es obliegt dem Auftragnehmer, **der Vergabestelle die erfolgte Erledigung** der Leistung mitzuteilen. Innerhalb von fünf Tagen nach dieser Mitteilung nimmt der EVV/Verantwortliche für die Vertragsausführung, gemäß Gesetz, die erforderlichen Überprüfungen mit dem Auftragnehmer vor und erlässt bei positivem Ausgang innerhalb der nachfolgenden fünf Tage die **Bescheinigung über die Erledigung**. Dieser stellt dem Auftragnehmer (gemäß Art. 25 MD Nr. 49/2018) eine gleichlautende Kopie aus.

Die Überprüfung über die ordnungsgemäße Ausführung der Leistung muss innerhalb von 30 Tagen nach deren Erledigung erfolgen, unbeschadet der anderen Fristen gemäß Art. 113/bis GvD Nr. 50/2016. Über die Überprüfung über die **ordnungsgemäße Ausführung wird ein Protokoll** verfasst, das von allen Beteiligten unterzeichnet wird.

Die Bescheinigung obiger Überprüfung wird dem Auftragsausführenden zur Annahme übermittelt; dieser muss sie innerhalb von fünf Tagen nach Erhalt unterzeichnen. Anlässlich der Unterzeichnung kann er seine Beanstandungen zu den Überprüfungenhandlungen anfügen.

Die Bescheinigung muss die verhängten oder noch zu verhängenden qualitativen Sanktionen und Verzugsstrafen angeben und deren etwaigen Gesamtbetrag anführen.

Gemäß Art. 113/bis Abs. 2 GvD Nr. 50/2016 **stellt der EVV** bei positivem Ausgang der Überprüfung über die ordnungsgemäße Ausführung innerhalb von höchstens sieben Tagen **die Zahlungsbescheinigung zwecks Ausstellung der Rechnung** seitens des Auftragnehmers aus.

Die Zahlungsbescheinigung führt nicht zur Vermutung der Leistungsannahme gemäß Art. 1666 Abs. 2 ZGB.

5. Vergabebetrag und Zahlungsmodalitäten

Die von der auftraggebenden Körperschaft an den Auftragnehmer auszuzahlende Vergütung für die vollständige und einwandfreie Erfüllung der Leistung, einschließlich der Sicherheitsgebühren, ist festgelegt auf

€ , zuzüglich MwSt. zu % laut Gesetz.

Die Bezahlung der Vergütung, abzüglich etwaiger Strafen, erfolgt durch einmalige Zahlung, unter Vorbehalt vom Punkt 7.

Damit die Verwaltung die Zahlung/Zahlungen vornehmen kann, muss der Auftragnehmer rechtzeitig die elektronische Rechnung mit allen Elementen gemäß geltenden Rechtsvorschriften und im Einklang mit den Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit der Zahlungen ausstellen.

Die Rechnungen müssen in elektronischer Form über das System - SDI lautend auf _____ versandt werden.

Die Rechnungen müssen zwingend folgende Daten enthalten:

- Amtserkennungscode
- Auftragsbeschreibung
- CIG-Code und ggf. Einheitscode CUP



- Daten über das Kontokorrent für öffentliche Aufträge
- die Worte „Aufteilung der Zahlungen“.

Gemäß Art. 3 G. Nr. 136/2010 übernimmt der Auftragnehmer sämtliche Verpflichtungen zur Rückverfolgbarkeit der Zahlungen in Zusammenhang mit gegenständlichem Auftrag: Diese müssen in den Bank- oder Postkontokorrenten für öffentliche Aufträge registriert sein und bei sonstiger Vertragsaufhebung kraft Gesetz gemäß Artikel 1456 ZGB ausschließlich durch Bank- oder Postüberweisung vorgenommen werden.

Daten des Kontokorrents für öffentliche Aufträge gemäß Art. 3 G. Nr. 136/2010:

Bank:

IBAN:

Kontoinhaber:

Der Auftragnehmer erklärt, dass für ihn folgende natürliche Personen (Angabe der Personalien) Zugriff auf das Kontokorrent für öffentliche Aufträge haben:

Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, die Klausel über die Rückverfolgbarkeit der Zahlungen in die mit den Unterauftragnehmern und/oder Teilvertragsnehmern abgeschlossenen Verträge aufzunehmen und die auftraggebende Körperschaft und das Regierungskommissariat für die Provinz Bozen unverzüglich über die Nichteinhaltung der Verpflichtungen zur finanziellen Rückverfolgbarkeit seitens des Vertragspartners (Unterauftragnehmer/Teilvertragsnehmer) zu informieren.

Gemäß Art. 49 Abs. 3 LG Nr. 16/2015 ist die direkte Bezahlung des Unterauftragnehmers durch die Verwaltung vorgesehen, sofern dieser nichts anderes angibt. Hat er sich dafür entschieden, dass der Auftragnehmer die Vergütung zu zahlen hat, so hat die auftraggebende Verwaltung vor der Bezahlung eines jeden Fortschritts zu überprüfen, ob der Auftragnehmer dem Unterauftragnehmer den für die erbrachte Leistung geschuldeten Betrag bereits gezahlt hat, und sie hat dafür geeignete Nachweise zu verlangen. In deren Ermangelung nimmt die auftraggebende Verwaltung anstelle des Auftragnehmers die direkte Bezahlung des Unterauftragnehmers vor.

Für die Bezahlung der Vergütung und auf jeden Fall bei offenen Rechnungen nimmt die Verwaltung auch für den Unterauftragnehmer die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Beitragszahlung (DURC) auf, welche die ordnungsgemäße Einzahlung der obligatorischen Fürsorge- und Versicherungsbeiträge für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten der Angestellten bescheinigt.

6. Preisänderung

Die angebotenen Preise tragen allen dem Auftragnehmer angelasteten Verpflichtungen und Aufwendungen Rechnung. Sie sind für die gesamte Vertragsdauer fix und unveränderbar. Der Auftragsausführende hat keinesfalls das Recht, zusätzliche Preise und Entschädigungen jeglicher Art zu fordern. Es wird keine Preisänderung vorgenommen und Art. 1664 Abs. 1 ZGB wird nicht angewandt.

7. Preisvorauszahlung

Auf den Auftragswert für Aufträge von unverzüglich durchzuführenden Dienstleistungen und Lieferungen wird der Preisvorschuss in Höhe und nach den Modalitäten gemäß Art. 35 Abs. 18 GvD Nr. 50/2016 und Art. 49 Abs. 3/ter LG Nr. 16/2015 berechnet und dem Auftragnehmer innerhalb von 15 Tagen nach Beginn der tatsächlichen Ausführung gezahlt, sofern der Vertrag bereits abgeschlossen wurde.

Die Zahlung des Vorschusses setzt voraus, dass eine Bank- oder Versicherungsgarantie in Höhe des Vorschusses geleistet wird, erhöht um den gesetzlichen Zinssatz für den Zeitraum, der für die Rückforderung des Vorschusses gemäß dem Zeitplan der Leistungserbringung erforderlich ist.

Im Falle einer BG ist dieser Betrag an jedes Mitglied der BG entsprechend dem bei der Angebotsabgabe angegebenen Ausführungsanteil auszuzahlen, außer bei anderslautenden Angaben im Gründungsakt der BG.

Die Versicherungsgarantie gemäß Art. 35 Abs. 18 GvD Nr. 50 und Art. 49 Abs. 3/ter LG Nr. 16/2015 muss in Übereinstimmung mit der Mustervorlage gemäß MD vom 19. Jänner 2018 Nr. 31 geleistet werden und ist auch bei nicht oder verspätet gezahlten Prämien seitens des Auftragsausführenden wirksam.

8. Verpflichtungen des Auftragnehmers gegenüber seinen Angestellten



Der Auftragnehmer erklärt, dass er für seine Angestellten die geltenden gesamtstaatlichen Kollektivverträge anwendet und dass er diesen gegenüber die gesetzlich und kollektivvertraglich vorgesehenen Versicherungs- und Fürsorgepflichten einhält.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zudem, alle Vorschriften über Entlohnung, Beiträge, Steuern, Für- und Vorsorge, Versicherung und Gesundheit kraft geltender Rechtsvorschriften für Angestellte, insbesondere gemäß Vorgaben nach Art. 105 GvD Nr. 50/2016, einzuhalten.

9. Unterauftrag

Der Unterauftrag ist bei fehlender Erklärung über die Vergabe eines Unterauftrags seitens des Auftragnehmers nicht zulässig.

Für den Unterauftrag gelten die Bestimmungen gemäß Art. 105 GvD Nr. 50/2016.

Die Vergabe von Unteraufträgen ist nur mit vorheriger Genehmigung der auftraggebenden Körperschaft zulässig.

Der Auftragnehmer ist auf jeden Fall der auftraggebenden Körperschaft gegenüber für die unterauftragsgegenständliche Leistung verantwortlich. Die auftraggebende Körperschaft ist jedweden Anspruchs seitens der Unterauftragnehmer oder der Schadenersatzforderungen Dritter infolge der unterauftragsgegenständlichen Leistung entbunden.

Der Auftragsausführende verpflichtet sich, die Verträge zur Erteilung der Unteraufträge aufzuheben, falls die Verwaltung während deren Ausführung Nichterfüllungen seitens der Unterauftragnehmer feststellen sollte, die geeignet sind, in Wahrung des Interesses der Verwaltung deren Aufhebung zu rechtfertigen; in diesem Fall hat der Auftragsausführende kein Recht auf Entschädigung seitens der Verwaltung noch auf Aufschub der Fristen für die Vertragsausführung.

Bei Nichterfüllung obiger Pflichten seitens des Auftragsausführenden kann die Verwaltung unbeschadet ihres Anspruchs auf Schadenersatz den Hauptvertrag aufheben.

Der Auftragnehmer hat die Pflicht, der Vergabestelle für alle Teilverträge den Namen der Teilvertragsnehmer, der Vertragsbeträge, den Gegenstand der vergebenen Arbeiten, Dienstleistungen oder Lieferungen mitzuteilen.

Die Ermächtigung zur Vergabe von Unteraufträgen unterliegt folgenden Bedingungen:

- Der Unterauftragnehmer darf nicht am Auftragsvergabeverfahren teilgenommen haben (Art. 105 Abs. 4 Buchst. a) GvD Nr. 50/2016).
- Der Unterauftragnehmer muss die für die untervergebene Leistung vorgeschriebenen Qualifikationsanforderungen und die Anforderungen nach Art. 80 GvD Nr. 50/16 (Art. 105 Abs. 4 Buchst. b) ebd.) erfüllen.
- Der Auftragsausführende muss bei Angebotsabgabe die Teile der Vertragsleistungen angeben, die er unterzuvergeben gedenkt (Art. 105 Abs. 4 Buchst. c) GvD Nr. 50/16); im Falle von Varianten und/oder Änderungen im Zuge der Ausführung gemäß Art. 48 LG Nr. 16/2015 muss diese Angabe bei Auftragserteilung erfolgen.
- Der Auftragsausführende muss den Vertrag zur Erteilung des Unterauftrags bei der Vergabestelle im Original oder in beglaubigter Kopie mindestens zwanzig Tage vor dem tatsächlichen Beginn der Ausführung der entsprechenden Leistungen hinterlegen (Art. 105 Abs. 7 GvD Nr. 50/16).
- Der Auftragsausführende muss bei Hinterlegung des Vertrags zur Erteilung des Unterauftrags ferner die Bescheinigung vorlegen, dass der Unterauftragnehmer die für die Unterauftragsleistung vorgeschriebenen Qualifikationsanforderungen erfüllt, sowie die Erklärung des Unterauftragnehmers, dass keine Ausschlussgründe nach Art. 80 GvD Nr. 50/2016 vorliegen (Art. 105 Abs. 7 GvD Nr. 50/16).
- Gegen den Unterauftragnehmer darf keines der Verbote im Sinne der Antimafiabestimmungen gemäß GvD vom 6. September 2011 Nr. 159 i.g.F. bestehen.
- Der Auftragnehmer muss für sich und die Unterauftragnehmer der Vergabestelle vor Beginn der Vertragsleistung die Unterlagen über die erfolgte Meldung an die Fürsorge-, Versicherungs- und Unfallversicherungsbehörden und gegebenenfalls Kopie des Sicherheitsplans übermitteln (Art. 105 Abs. 9 GvD Nr. 50/16).
- Der Auftragsausführende muss dem Vertrag zur Erteilung des Unterauftrags oder dessen beglaubigter Kopie die Erklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines etwaigen abhängigen oder Verbindungsverhältnisses gemäß Art. 2359 ZGB mit dem Unterauftragnehmer beilegen. Im Falle von BG oder Konsortium muss diese Erklärung von jedem der darin zusammengeschlossenen Unternehmen abgegeben werden (Art. 105 Abs. 18 GvD Nr. 50/16).



In Ermangelung obiger Unterlagen kann die Untervergabe nicht genehmigt werden.

10. Endgültige Sicherheit gemäß Art. 36 LG Nr. 16/2015

Der Auftragnehmer muss gemäß Art. 36 LG Nr. 16/2015 eine endgültige Sicherheit nicht geleistet.

11. Weitere Verpflichtungen und Verantwortungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die auftraggebende Körperschaft zeitgerecht über alle Änderungen der Eigentumsverhältnisse und der Unternehmensstruktur und innerhalb der technischen und Verwaltungsorgansimen, einschließlich jener der Unterauftragnehmer, zu informieren.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede Änderung der Anforderungen gemäß Art. 80 GvD Nr. 50/16 mitzuteilen.

Der Auftragnehmer ist direkt für sämtliche Schäden und Nachteile jeglicher Art verantwortlich, die Personen und Gütern der auftraggebenden Körperschaft und Dritten während der Leistungsausführung egal aus welchem Grund entstehen, wobei er im Falle eines Unglücks oder bei Unfällen den gänzlichen Schadenersatz ohne das Recht auf Entschädigungen vornehmen muss und sich ferner verpflichtet, die auftraggebende Körperschaft von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter zu entbinden und schadlos zu halten.

In diesem Zusammenhang verpflichtet sich der Auftragnehmer gemäß Art. 103, Abs. 7 die Versicherung für Risiken bei der Ausführung der unter diesen Auftrag fallenden Tätigkeiten abzuschließen.

Das Unternehmen ist in jedem Fall verpflichtet, darüberhinausgehende Schäden zu ersetzen.

12. Kontrollen und Aufhebungsklausel gemäß Art. 32 LG Nr. 16/2015

Gemäß Art. 32 Abs. 1 müssen für Vergaben von **Dienstleistungen und Lieferung mit einem geschätzten Betrag unter 150.000 Euro durch elektronische Instrumente** keine Kontrollen der Erklärungen über die Erfüllung der Teilnahmeanforderungen durchgeführt werden, unbeschadet der Befugnis der Vergabestelle, im Zweifelsfall Überprüfungen vorzunehmen.

Die fehlende Erfüllung der Teilnahmeanforderungen hat die Vertragsaufhebung, die Einbehaltung der etwaigen endgültigen Sicherheit und die Meldung dieses Umstands an die zuständigen Behörden zur Folge.

Die Vertragsaufhebung erfolgt gemäß Art. 1456 ZGB kraft Gesetzes durch die einfache Mitteilung seitens der auftraggebenden Körperschaft, sich der Aufhebungsklausel bedienen zu wollen, an den Auftragnehmer.

Im Falle von Falscherklärungen wird Art. 76 DPR Nr. 445/2000 angewandt.

Vorliegendes Auftragschreiben ist vom Auftragnehmer digital zu unterzeichnen und **innerhalb von fünf Werktagen nach Erhalt** an das Amt an die zertifizierte Email (PEC) zurückzusenden.

13. Vertragskosten, Steuern, Gebühren und Besteuerung

Der Auftragnehmer trägt alle etwaigen Vertragskosten und die mit dem Vertragsabschluss und der Vertragsregistrierung verbundenen Gebühren, einschließlich Steuerlasten, mit Ausnahme der MwSt., die von der auftraggebenden Körperschaft zu tragen ist.

14. Vertragsaufhebung

Für die Vertragsaufhebung finden Art. 108 GvD Nr. 50/2016 und Art. 1453 ff. ZGB Anwendung.

Die Vertragsaufhebung erfolgt kraft Gesetzes gemäß Art. 1456 ZGB durch die einfache Mitteilung seitens der auftraggebenden Körperschaft, sich der ausdrücklichen Aufhebungsklausel bedienen zu wollen, an den Auftragnehmer, wenn der Auftragnehmer den Verpflichtungen zur Rückverfolgbarkeit der Zahlungen in Zusammenhang mit vorliegendem Vertrag gemäß Art. 3 Abs. 9/bis G. Nr. 136/2010 nicht nachkommt.

15. Gerichtsstand

Für alle Streitsachen ist ausschließlich der Gerichtsstand Bozen zuständig.

Ausgeschlossen ist somit die Schiedsgerichtsbarkeit gemäß Art. 209 GvD Nr. 50/2016.

Im Einzelnen angenommene Klauseln

Gemäß Art. 1341 und 1342 ZGB werden folgende Klauseln im Einzelnen angenommen: Art. 3 - Dauer – Fristen für die Erledigung der Leistung – Strafen; Art. 12 - Kontrollen und Aufhebungsklausel gemäß Art. 32 LG Nr. 16/2015; Art. 15 - Gerichtsstand.



Wesentlicher und integrierender Bestandteil dieses Vertrages sind folgende, wenngleich nicht beigelegte Dokumente, die bei der auftraggebenden Körperschaft aufbewahrt werden:

1. Technische Dokumentation,
2. im Portal hochgeladenes Angebot,
3. Versicherungspolizze Nr. vom , ausgestellt von ,

Eventuell:

4. Generalvollmacht/Sondervollmacht Nr. vom , Notar ,
5. Gründungsakt der BG ,

Bozen,

Für die auftraggebende Körperschaft:

Für den Auftragnehmer:



**Oggetto: Incarico per fornitura e posa in opera di n.5 pensiline urbane a sbalzo per le fermate dei bus
CIG Z4F2E3CE02**

La **Ripartizione Mobilità della Provincia autonoma di Bolzano**, con sede legale in piazza Silvius Magnago 3, Palazzo 3b, 39100 Bolzano, in persona del _____, C.F. _____, domiciliato per la sua carica presso la sede dell'ente, autorizzato da _____ ad impegnare legalmente e formalmente la Provincia autonoma di Bolzano (di seguito "ente committente" o "stazione appaltante") per il presente atto.

Premesso

- che è stato scelto di procedere con affidamento diretto ai sensi dell'articolo 26, comma 4 della L.P. 16/2015 nei confronti della Vostra impresa/società _____, giusta determina di data _____;
- che all'affidamento di cui sopra è stato attribuito il codice identificativo gara (CIG) **Z4F2E3CE02**
- che in data _____ è stato richiesto sul Sistema Informativo Contratti Pubblici della Provincia Autonoma di Bolzano l'invio della cd. "offerta a portale"; che è stata caricata nei termini prestabiliti;

Tutto ciò premesso il sopraindicato Dirigente dell'ente, _____,

incarica

con la presente lettera, _____ (impresa, RTI, consorzio), con sede legale in _____, Partita IVA (C.F.) _____, nella persona di _____ nato a _____ il _____, C.F. _____ nella sua qualità di _____, di seguito "affidatario" o "impresa" della prestazione in oggetto.

L'incarico, disciplinato dai seguenti articoli, viene accettato dall'operatore economico mediante sottoscrizione della presente.

1. Oggetto dell'incarico

Oggetto dell'incarico è la prestazione come da documentazione sottoelencata e da **offerta dd. caricata a portale**, allegati alla presente lettera di incarico, che ne formano parte integrante e vincolante della stessa.
L'affidatario si impegna ad eseguire la prestazione integralmente ed a perfetta regola d'arte alle condizioni ivi riportate.

2. Disposizioni regolatrici

L'affidamento viene concesso dall'ente committente ed accettato dall'affidatario sotto l'osservanza piena ed assoluta delle norme, condizioni, patti, obblighi, oneri e modalità dedotti e risultanti dalla presente lettera d'incarico e dai documenti allegati e richiamati in calce alla presente, che le parti dichiarano di conoscere ed accettare integralmente e che ne formano parte integrante.
Per quanto non previsto o non richiamato nella presente lettera d'incarico e nella documentazione in allegato si fa espresso riferimento alle disposizioni contenute nel Codice civile, nel Codice dei contratti pubblici approvato con D.Lgs. n. 50/2016, nella LP n. 16/2015, nella LP n. 17/1993 nonché a tutte le leggi e regolamenti vigenti in materia.

3. Durata - tempo utile per l'ultimazione della prestazione – penali

Il presente contratto spiega i suoi effetti dalla data dell'apposizione dell'ultima firma digitale sulla presente lettera di incarico.
La fornitura e la posa in opera oggetto del contratto dovrà essere consegnata entro **60 giorni** decorrenti dall'apposizione dell'ultima firma digitale.
La penale pecuniaria per il ritardo nell'ultimazione della prestazione è stabilita nella misura dello 0,5 per mille dell'importo contrattuale per ogni giorno di ritardo.
Il superamento dei termini di cui al presente punto 3 per fatto dell'appaltatore può costituire titolo per la risoluzione del contratto e per la relativa richiesta di risarcimento danni.

4. Ultimazione prestazione - Verifica regolare esecuzione

È onere dell'affidatario **comunicare alla stazione appaltante l'avvenuta ultimazione** della prestazione.
Il RUP / il Direttore della esecuzione del contratto, in base alla Legge, procede entro cinque giorni dalla



predetta comunicazione alle necessarie constatazioni in contraddittorio con l'affidatario e in caso di esito positivo emette il **certificato di ultimazione** nei successivi cinque giorni e ne rilascia copia conforme all'appaltatore (ex art. 25 DM 49/2018).

La verifica di regolare esecuzione della prestazione deve aver luogo entro 30 giorni dall'ultimazione della prestazione, salvo diverso termine ai sensi dell'art. 113-bis comma 3 del D.Lgs. 50/16. Della verifica di **regolare esecuzione è redatto processo verbale** che sarà sottoscritto da tutte le parti intervenute.

Il certificato di verifica di regolare esecuzione viene trasmesso per la sua accettazione all'esecutore che deve firmarlo **entro 5 (cinque) giorni** dal ricevimento dello stesso. All'atto della firma egli può aggiungere le contestazioni che ritiene opportune, rispetto alle operazioni di verifica di regolare esecuzione.

Il certificato dovrà contenere l'indicazione e l'eventuale importo totale delle penali qualitative e/o da ritardo applicate o da applicarsi.

Ai sensi dell'art. 113 bis, co. 2 D.Lgs. 50/2016, all'esito positivo della verifica di regolare esecuzione, e comunque entro un termine non superiore a sette giorni, il **RUP rilascia il certificato di pagamento ai fini dell'emissione della fattura** da parte dell'appaltatore.

Il certificato di pagamento non costituisce presunzione di accettazione, ai sensi dell'art. 1666, comma 2, c.c.

5. Ammontare dell'affidamento e modalità di pagamento

Il corrispettivo dovuto dall'ente committente all'affidatario per il pieno e perfetto adempimento della prestazione, comprensivo degli oneri per la sicurezza, è fissato in

€ , oltre IVA al % come prevista da legge.

Il pagamento del corrispettivo, dedotte le eventuali penalità, sarà effettuato in un'unica soluzione, fatto salvo il punto 7.

Al fine di consentire all'Amministrazione il pagamento, l'appaltatore è tenuto all'emissione tempestiva della relativa fattura elettronica, completa di tutti gli elementi previsti dalla normativa vigente e in regola con la disciplina in materia di tracciabilità dei pagamenti.

Le fatture dovranno essere inviate in forma elettronica tramite il Sistema - SDI con intestazione a:

Le fatture dovranno obbligatoriamente riportare i seguenti dati:

- codice univoco dell'ufficio
- descrizione dell'incarico
- codice identificativo di gara (CIG) ed eventualmente CUP
- i dati relativi al conto corrente dedicato alle commesse pubbliche
- la dicitura "scissione dei pagamenti"

Ai sensi dell'articolo 3 della legge n. 136/2010 l'affidatario assume tutti gli obblighi di tracciabilità dei movimenti finanziari relativi alla presente commessa, i quali devono essere registrati sui conti correnti bancari o postali dedicati ed effettuati esclusivamente tramite lo strumento del bonifico bancario o postale, pena la risoluzione di diritto del presente contratto ex articolo 1456 c.c.

Ai sensi delle disposizioni dell'articolo 3 della sopra menzionata legge si dichiara che il conto corrente dedicato è il seguente:

Banca:

IBAN:

Intestatario

L'affidatario dichiara i seguenti dati identificativi dei soggetti (persone fisiche), che per il medesimo saranno delegati ad operare sul conto corrente dedicato:

L'affidatario si obbliga altresì ad inserire nei contratti derivati sottoscritti con i subappaltatori e/o subcontraenti la clausola sulla tracciabilità dei pagamenti e a dare immediata comunicazione all'ente committente ed al Commissariato del Governo per la Provincia di Bolzano delle notizie dell'inadempimento della propria controparte (subappaltatore/subcontraente) agli obblighi di tracciabilità finanziaria.

È previsto il pagamento diretto del subappaltatore da parte dell'amministrazione ai sensi dell'art. 49 comma 3 LP 16/2015 salvo diversa indicazione da parte del subappaltatore stesso. Nel caso in cui quest'ultimo abbia deciso che il corrispettivo venga pagato dall'appaltatore, l'amministrazione committente deve verificare, prima di procedere al pagamento di ciascuno stato di avanzamento, che l'appaltatore abbia già



corrisposto quanto dovuto al subappaltatore per le prestazioni eseguite nello stato di avanzamento oggetto di pagamento, richiedendo idonea documentazione a comprova. In assenza di tale documentazione l'amministrazione committente procederà al pagamento diretto a favore del subappaltatore in sostituzione dell'appaltatore.

Ai fini del pagamento del corrispettivo e comunque ove vi siano fatture in pagamento, l'Amministrazione procederà ad acquisire, anche per il subappaltatore, il documento unico di regolarità contributiva (DURC), attestante la regolarità in ordine al versamento dei contributi previdenziali e dei contributi assicurativi obbligatori per gli infortuni sul lavoro e le malattie professionali dei dipendenti.

6. Revisione prezzi

I prezzi offerti tengono conto di tutti gli obblighi ed oneri posti a carico dell'affidatario. Essi sono fissi ed invariabili per tutta la durata del contratto. L'esecutore non ha in nessun caso diritto di pretendere prezzi suppletivi o indennizzi di qualunque natura essi siano. Non si procede alla revisione dei prezzi e non si applica il comma 1 dell'articolo 1664 del Codice Civile.

7. Anticipazione del prezzo

Sul valore dei contratti di appalto di servizi e forniture ad esecuzione istantanea verrà calcolato l'importo dell'anticipazione del prezzo nella misura e con le modalità previste dall'art. 35, comma 18, del D.Lgs. n. 50/2016 e dall'art. 49, comma 3 ter, LP 16/2015. L'importo a titolo di anticipazione sarà corrisposto all'appaltatore entro 15 giorni dell'effettivo inizio della prestazione, a condizione che sia già intervenuta la stipulazione del contratto d'appalto.

L'erogazione dell'anticipazione è subordinata alla costituzione di garanzia fideiussoria bancaria o assicurativa di importo pari all'anticipazione maggiorato del tasso di interesse legale applicato al periodo necessario al recupero dell'anticipazione stessa secondo il cronoprogramma della prestazione.

In caso di raggruppamento temporaneo tra operatori economici, tale importo sarà corrisposto a ciascun componente del raggruppamento secondo le quote di esecuzione dichiarate in sede di offerta, salvo diversa indicazione contenuta nell'atto costitutivo del raggruppamento stesso.

Con riferimento alla garanzia fideiussoria assicurativa di cui all'art. 35, comma 18, del D.Lgs. n. 50/2016 e all'art. 49, comma 3 ter, LP 16/2015, essa deve essere prestata in conformità allo schema-tipo di cui al DM n. 31 del 19 gennaio 2018 ed è efficace anche in caso di omesso o ritardato pagamento delle somme dovute a titolo di premio da parte dell'esecutore.

8. Obblighi dell'affidatario nei confronti dei propri lavoratori dipendenti

L'affidatario dichiara di applicare ai propri lavoratori dipendenti i vigenti C.C.N.L. e di agire, nei confronti degli stessi, nel rispetto degli obblighi assicurativi e previdenziali previsti dalle leggi e dai contratti medesimi. L'affidatario si obbliga, altresì, a rispettare tutte le norme in materia retributiva, contributiva, fiscale, previdenziale, assistenziale, assicurativa, sanitaria, previste per i dipendenti dalla vigente normativa, con particolare riguardo a quanto disposto dall'articolo 105 del D.Lgs. n. 50/2016.

9. Subappalto

Il subappalto non è ammesso nel caso di mancata indicazione da parte dell'affidatario.

In materia di subappalto valgono le disposizioni previste in materia dall'art. 105 del D.Lgs. 50/2016.

Il subappalto è ammesso solo previa autorizzazione dell'ente committente.

L'affidatario resta in ogni caso responsabile nei confronti dell'ente committente per la prestazione oggetto di subappalto. L'ente committente è sollevato da ogni pretesa dei subappaltatori o da richieste di risarcimento danni avanzate da terzi in conseguenza della prestazione oggetto di subappalto.

L'esecutore si obbliga a risolvere tempestivamente i contratti di subappalto, qualora durante l'esecuzione degli stessi, vengano accertati dall'Amministrazione inadempimenti delle imprese subappaltatrici di rilevanza tale da giustificare la risoluzione, avuto riguardo all'interesse dell'Amministrazione; in tal caso l'esecutore non avrà diritto ad alcun indennizzo da parte dell'Amministrazione né al differimento dei termini di esecuzione del contratto.

In caso di inadempimento dell'esecutore agli obblighi di cui ai commi precedenti, l'Amministrazione può risolvere il contratto principale, salvo il diritto al risarcimento del danno.

È fatto obbligo all'appaltatore di comunicare alla stazione appaltante, per tutti i sub-contratti, il nome del sub-contraente, l'importo del contratto, l'oggetto del lavoro, servizio o fornitura affidati.

L'autorizzazione al subappalto è sottoposta alle seguenti condizioni:



- che l'affidatario del subappalto non abbia partecipato alla procedura per l'affidamento dell'appalto (art. 105, comma 4, lett. a) D. Lgs. n. 50/2016);
- che il subappaltatore possieda i requisiti di qualificazione prescritti in relazione alla prestazione subappaltata e sia in possesso dei requisiti dell'80 D.Lgs. 50/16 (art. 105 co. 4 lett. b) D.Lgs. 50/16);
- che l'esecutore all'atto dell'offerta abbia indicato le parti di prestazione contrattuale che intende subappaltare (art. 105 co. 4 lett. c) D.Lgs. 50/16); in caso di variazioni e/o modifiche ex art. 48 LP 16/2015 in corso di esecuzione tale indicazione deve essere fatta all'atto dell'affidamento;
- che almeno venti giorni prima della data di effettivo inizio dell'esecuzione delle relative prestazioni, l'esecutore provveda al deposito del contratto di subappalto presso la stazione appaltante contraente, in originale o in copia autentica (art. 105 co. 7 D.Lgs. 50/16);
- che al momento del deposito del contratto di subappalto, l'esecutore trasmetta altresì la certificazione attestante il possesso da parte del/i subappaltatore/i dei requisiti di qualificazione prescritti in relazione alla prestazione subappaltata e la dichiarazione del subappaltatore attestante l'assenza in capo ai subappaltatori dei motivi di esclusione di cui all'art. 80 del codice (art. 105 co. 7 D.Lgs. 50/16);
- che non sussista nei confronti del subappaltatore, alcuno dei divieti di cui alla normativa antimafia prevista dal D.Lgs. 6 settembre 2011, n. 159 e successive modificazioni;
- che l'affidatario e, per suo tramite, i subappaltatori, trasmettano alla stazione appaltante contraente prima dell'inizio della prestazione contrattuale, la documentazione di avvenuta denuncia agli enti previdenziali, assicurativi e antinfortunistici, nonché copia del piano di sicurezza se del caso (art. 105 co. 9 D.Lgs. 50/16);
- che l'esecutore allegghi al contratto del subappalto o alla sua copia autentica la dichiarazione circa la sussistenza o meno di eventuali forme di controllo o di collegamento a norma dell'art. 2359 c.c. con il titolare del subappalto. In caso di RTI o consorzio, analoga dichiarazione deve essere rilasciata da tutte le imprese costituenti il RTI o il consorzio (art. 105 co. 18 D.Lgs. 50/16).

In mancanza della suddetta documentazione, il subappalto non è concesso.

10. Garanzia definitiva ai sensi dell'art. 36 LP 16/2015

L'affidatario non deve presentare apposita garanzia definitiva ai sensi dell'art. 36 LP 16/2015.

11. Ulteriori obblighi e responsabilità dell'affidatario

L'affidatario è tenuto a comunicare tempestivamente all'ente committente ogni modificazione intervenuta negli assetti proprietari e nella struttura di impresa, e negli organismi tecnici e amministrativi, e relativi anche alle imprese affidatarie del subappalto.

L'affidatario si assume, inoltre, l'onere di comunicare ogni variazione dei requisiti ai sensi dell'articolo 80 del D.Lgs. n. 50/2016.

L'affidatario è direttamente responsabile di tutti i danni ed inconvenienti di qualsiasi natura che si dovessero verificare tanto alle persone ed alle cose dell'ente committente, quanto a terzi, nel corso dell'esecuzione della prestazione qualunque ne sia la causa, rimanendo inteso che, in caso di disgrazia od infortuni, esso deve provvedere al completo risarcimento dei danni e ciò senza diritto a ricompensi, obbligandosi altresì a sollevare e tenere indenne l'ente committente da ogni pretesa di danni contro di essa eventualmente rivolta da terzi.

A tal riguardo l'affidatario si vincola a stipulare apposita polizza assicurativa ex art. 103, co. 7, per rischi di esecuzione delle attività oggetto del presente contratto. L'impresa sarà comunque tenuta a risarcire i danni eccedenti il predetto massimale.

12. Controlli e clausola risolutiva ex art. 32 LP 16/2015

Ai sensi dell'art. 32, comma 1 per gli affidamenti relativi a **servizi e forniture di importo stimato inferiore a 150.000 euro**, espletate **con l'utilizzo degli strumenti elettronici**, i controlli relativi alle dichiarazioni di



possesto dei requisiti di partecipazione non vengono effettuati, ma rimane salva la facoltà della stazione appaltante in caso di fondati dubbi di procedere ai controlli.

In caso di mancato possesso dei requisiti di partecipazione si procederà con la risoluzione del contratto, escussione dell'eventuale garanzia definitiva e segnalazione del fatto alle autorità competenti.

Il contratto si risolve di diritto, ai sensi dell'articolo 1456 del Codice Civile, con la semplice comunicazione da parte dell'ente committente all'affidatario di volersi avvalere della clausola risolutiva.

In caso di false dichiarazioni si applica quanto previsto dal D.P.R. 445/2000 art. 76.

La presente lettera d'incarico dovrà essere sottoscritta digitalmente dall'affidatario e restituita via PEC all'Ufficio all'indirizzo **entro 5 giorni lavorativi dal ricevimento**

13. Spese di contratto, imposte, tasse e trattamenti fiscali

Sono a carico dell'affidatario tutte le eventuali spese del contratto e dei relativi oneri connessi alla sua stipulazione e registrazione, compresi quelli tributari, fatta eccezione per l'imposta sul valore aggiunto che resta a carico dell'ente committente.

14. Risoluzione del contratto

Per la risoluzione del contratto trovano applicazione l'art. 108 del D.Lgs. n. 50/2016, nonché gli articoli 1453 e ss. del Codice Civile.

Il contratto si risolve di diritto, ai sensi dell'articolo 1456 del Codice Civile, con la semplice comunicazione da parte dell'ente committente all'affidatario di volersi avvalere della clausola risolutiva espressa, qualora l'affidatario non adempia agli obblighi di tracciabilità dei movimenti finanziari relativi al presente contratto ai sensi dell'articolo 3, comma 9-bis della legge n. 136/2010.

15. Foro competente

In caso di controversie il foro competente è esclusivamente quello di Bolzano.

È esclusa, pertanto, la competenza arbitrale di cui all'articolo 209 del D.Lgs. n. 50/2016.

Approvazione specifica

Si approvano specificamente ai sensi e per gli effetti di cui agli articoli 1341 e 1342 del codice civile le seguenti clausole: art. 3 - Durata - tempo utile per l'ultimazione della prestazione – penali; art. 12 – Controlli e clausola risolutiva ex art. 32 LP 16/2015; art. 15 - Foro competente.

Formano parte integrante e sostanziale del presente contratto i seguenti documenti non materialmente allegati allo stesso e conservati presso l'ente committente:

1. documentazione tecnica;
2. offerta caricata a portale;
3. polizza assicurativa n. dd. emessa da

Eventuali:

4. Procura generale / Procura speciale n. dd. Notaio ;
5. Atto costitutivo RTI ;

Bolzano,

Per l'ente committente:

Per l'operatore economico

